

An das  
Marktgemeindeamt Bad Goisern a.H.  
Untere Marktstraße 1

4822 Bad Goisern am Hallstättersee

Bad Goisern a.H., am

# Antrag

## auf Bestandsfeststellung gemäß § 49a Abs. 2 O.ö. BauO 1994 idgF

Ich / Wir beantragen hiermit bei der Baubehörde die Feststellung über das Vorliegen des rechtmäßigen Bestandes für das **Gebäude** bzw. die bestehende **Wohnung**

Gebäudeadresse:

Wohnung Nr.:

auf dem Grundstück Nr.:

EZ.:

KG:

\*\*\*\*\*

### 1. Antragsteller

(Familien- und Vorname, Wohnanschrift, Tel.):

.

.....  
Unterschrift des (der) Antragstellers

### 2. Grundeigentümer bzw. Wohnungseigentümer / Miteigentümer

(Familien- und Vorname, Wohnanschrift, Tel.):

.....  
(Unterschrift des Grundeigentümers bzw. Wohnungseigentümers / der Miteigentümer)

### Beilagen:

- Einreichplan gem. § 29, inkl. Abweichungen 2-fach
- Beschreibung des Antragsgegenstandes
- Begründung bzw. Glaubhaftmachung

Raum für amtliche  
Vermerke

**§ 49a Oö. BauO 1994 idgF.**

**Rechtmäßiger Bestand**

- (1) Bei bestehenden Gebäuden im Bauland, bestehenden Gebäuden mit der Ausweisung als + Signatur (§ 22 Abs. 2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994) oder bestehenden Gebäuden im Hofbereich eines land- oder forstwirtschaftlichen oder ehemaligen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs gelten Abweichungen vom Baukonsens, auch hinsichtlich der Situierung, als rechtmäßig, wenn
  1. ursprünglich eine Baubewilligung erteilt wurde oder ein Baukonsens vermutet werden kann und
  2. die Abweichungen seit mindestens 40 Jahren bestehen und dies gemäß Abs. 2 bescheidmäßig festgestellt wird.
- (2) Das Vorliegen eines rechtmäßigen Bestands ist auf Antrag der Bauwerberin oder des Bauwerbers von der Baubehörde mit Bescheid festzustellen. Die Abweichungen sind im Bauplan (§ 29), der dem Antrag anzuschließen ist, darzustellen. Kann das Vorliegen der Voraussetzung des Abs. 1 Z 2 von der Baubehörde nicht eindeutig festgestellt werden, ist die Voraussetzung des Abs. 1 Z 2 dann als gegeben anzusehen, **wenn die Bauwerberin oder der Bauwerber dies glaubhaft macht.**
- (3) Im Feststellungsverfahren haben die Nachbarn (§ 31) hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 Parteistellung.
- (4) Der Feststellungsbescheid (Abs. 2) hat die Wirkung, dass § 49 für Abweichungen gemäß Abs. 1 nicht anwendbar ist und das Gebäude gemäß § 44 benützt werden darf. § 46 gilt sinngemäß. § 50 Abs. 6 gilt nicht während der Dauer des Feststellungsverfahrens.